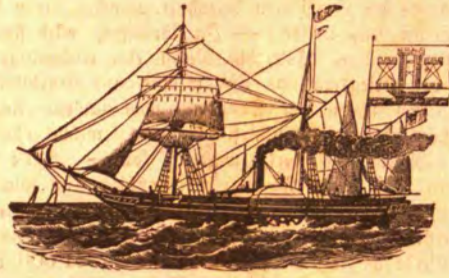


Wiemeler Dampfboot.

„Wiemeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
per Annuncando 3 Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark
Für Ausland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 N.-Pf.,
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit
20 N.-Pf. berechnet.
Reclamen pro 1spaltige Zeile 25 N.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,
sind spätestens bis Nachmittag 2 Uhr
einzuliefern.
Belag-Exemplare kosten 10 N.-Pf.

No. 45.

Wiemel, Freitag, den 22. Februar.

1878.

Tages-Chronik.

Den 22., Abends 8 Uhr, im großen Schützen-
saale Concert der Frau Anna Regan-Schiemon.

Weiteres über die Orient-Debatte im Reichstage.

Vollständig erschöpfende Berichte über die **Dienstags-Sitzung des Reichstages** liegen immer noch nicht vor, noch viel weniger eingehende Besprechungen. Wir müssen uns darum an der Uebersichtsangabe unseres Berliner Correspondenten für heute genügen lassen. Derselbe äußert sich folgendermaßen: Bevor wir in die Besprechung der heutigen Reichstags-Sitzung eintreten, sei alsbald bemerkt, daß es uns wenigstens nicht möglich ist, unmittelbar nach dem Anhören vielständiger Reden, deren jede von hoher Bedeutung war, ein festes Urtheil abzugeben über das, was wir gehört. Wir können heute nur von dem allgemeinen Eindruck berichten, den die Orient-Debatte auf uns gemacht. Hochgespannte Erwartung ist nicht eben geeignet, Unbefangenheit des Urtheils zu fördern, und behalten wir uns deshalb vor, später eingehend zu würdigen und eventuell zu modifiziren, was wir heute nur kurz anzudeuten vermögen.

Wie hoch gesteigert die Spannung und wie sehr sie ausschließlich auf die Orient-Interpellation gerichtet war, zeigte sich schon äußerlich in der Verathung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung. Der Gesetzentwurf über die Aufnahme einer Anleihe für die Zwecke der Verwaltungen der Post und Telegraphen, der Marine, des Reichsheeres und zur Durchführung der Münzreform fand auch nicht einen einzigen Abgeordneten, der auch nur mit einem Worte Stellung zu demselben genommen hätte. So wortlos wurde noch nie eine Vorlage, welche eine stattliche Reihe von Millionen zum Gegenstande hatte, an die Budgetkommission verwiesen. Die Geschwindigkeit, mit welcher ein immerhin wichtiger Gegenstand, wie der erwähnte, erledigt wurde, kam Niemandem überraschender als dem Fürsten Bismarck selbst, der sich rechtzeitig eingestellt, den Saal aber wieder verlassen hatte.

So geschah es, daß die Interpellation Bennigsen-Hänel in Abwesenheit des Reichstanzlers zur Verlesung kam, denn es währte einige Zeit, bis die ausgesandten Voten den Fürsten benachrichtigten konnten, daß seine Gegenwart erforderlich sei. Fürst Bismarck trat gerade noch im richtigen Moment ein, um seine Bereitwilligkeit zur sofortigen Beantwortung der Interpellation kundzugeben. Herr v. Bennigsen ging in der Begründung der Interpellation von den bekannten Worten der Thronrede vom 22. Februar 1877, welche sich auf die orientalische Angelegenheit beziehen, aus, um in maßvollster Weise darzutun, daß es Deutschlands Aufgabe sei, Rußlands Forderungen auf das Maß des Berechtigten zurückzuführen und den legitimen Interessen Oesterreichs Schutz zu gewähren. Selbstverständlich fand auch das Vertrauen in die Leistung der auswärtigen Politik Deutschlands wiederholt Ausdruck. Lebhafter Beifall des Hauses begleitete die Worte, welche den Deutschen Sympathien für Oesterreichs Gedeihen gewidmet waren.

Der Fürst Bismarck Antwort war ungemein ausführlich. Der Redner ermüdete selbst im Sprechen und mußte den letzten Theil seiner Rede sitzend halten. Schon diese Weisheit beweist, daß Umschweife nöthig waren, oder wenigstens Fürst Bismarck sie für nöthig hielt. Es sei an dieser Stelle an die Worte erinnert, die Fürst Bismarck am 5. Dezember in Beantwortung der Richter'schen Interpellation sprach, und welche denselben Gegenstand berühren. Fürst Bismarck sagte damals wörtlich (Wir haben dieser Worte bereits mehrfach Erwähnung gethan):

„Die Ansicht liegt gar nicht vor, daß Rußland irgend welche Eroberungen beabsichtigt. Wenn nur der Herr Vordner (der Abg. Richter) dafür den Beweis liefern könnte, so würde die ganze Politik des übrigen Europa vielleicht eine andere Gestalt annehmen und er würde, wenn er das wirklich weiß, vielleicht mancher anderen Regierung einen großen Dienst erweisen, damit dergleichen Pläne rechtzeitig verhindert würden. Bis jetzt aber liegt nichts weiter vor, als die feierliche Versicherung des Kaisers Alexander, die auf Veranlassen der Russischen Regierung bekannt gemacht ist, daß er seinerseits auf Eroberung und Erwerb verzichten wolle. Und ich weiß nicht, wer ein Recht hat, den Versicherungen dieses Monarchen entgegenzutreten und dieser Sachlage gegenüber nun plötzlich dem Publikum den Verdacht unterzuschoben, als

handle es sich für Rußland um die Eroberung neuer Provinzen.“

Man kann von dem Reichstanzler nicht wohl verlangen, daß er in diesem Falle sich selbst beim Wort nimmt. Die „Insinuationen“ sind Thatsachen geworden, nicht Oesterreich allein ist dupirt. Sollte Fürst Bismarck das öffentlich bekennen? — ohne Kriegserklärung ist das ganz undenkbar. Mit vielem rednerischen Geschick umging Fürst Bismarck die Nothwendigkeit, die oben zitierten Worte zurückzunehmen oder zu besträßen. Er sprach wie das Delphische Orakel: à deux mains. Er wies die Schiedsrichterrolle für Deutschland zurück, begeisterte sich für die Segnungen des Friedens — und stellte in Aussicht, dem Kaiser einen Krieg empfehlen zu wollen, wofür es sich um Interessen handle, die von der vollen Begeisterung des Deutschen Volks getragen würden. Das waren freundschaftliche Winke, die in gewisser Entfernung sich beinahe so ausnehmen, wie das Drohen mit geballter Faust. Der Russische „Erfreund seit 100 Jahren“ spielte wieder eine große Rolle. Fürst Bismarck vergaß consequent auch dieses Mal, wie Rußlands hundertjährige bewährte Freundschaft im Frieden von Tilsit sich kundgethan, wenigstens hat er dieses eigenthümlichen Freundschaftsbeweises keine Erwähnung.

Herr Hänel sprach nur ganz allgemein aus, daß die Fortschrittspartei der auswärtigen Politik jedes Vertrauen entgegenbringe, wenn die Basis des Dreilaiserbundes nicht verlassen würde. Den lebhaftesten Sympathien für Oesterreich gab auch dieser Redner Ausdruck, ebenso der Ansicht, daß jüngst noch Oesterreichs und neuestens selbst Deutschlands Interessen bedroht schienen.

Herr Windthorst-Meppen bezeichnete sehr zutreffend als das einzige thatsächliche Ergebniß der heutigen Debatte den Umstand, daß zum ersten Male von keiner Seite das Recht bestritten worden sei, welches der Reichstag über, indem er die auswärtige Politik — sonst als ein noli me tangere behandelt — vor sein Forum ziehe. Auch wies Herr Windthorst darauf hin, daß alle Parteien des Reichstages darin sich einig gezeigt hätten, daß um Deutschlands willen Oesterreichs Interessen geschützt werden müßten. Daß der schlagfertige Führer des Centrums es nicht an seinen Bemerkungen fehlen ließ und diese Bemerkungen, ihren Zweck erreichend, bald gewandte und bald berbe Antworten hervorriefen, ist selbstverständlich. Es war nahe 5 Uhr, ehe von jeder der zahlreichen Parteien ein Redner gesprochen. Das erschöpfte Haus vertagte sich zur angegebenen Zeit bis Freitag Vormittag 11 Uhr.

Politische Uebersicht.

r. Wiemel, den 21. Februar.

Zu gleicher Zeit, da im Deutschen Reichstag Fürst Bismarck die Orient-Interpellation beantwortete und seinen friedlichen An- und Ausschüßen Worte verließ, hat auch in Wien im **Oesterreichischen Parlamente eine Orient-Interpellation** stattgefunden, die im Gegensatz zu den Deutschen Erklärungen einen weniger fried- und freundschaftlichen Ausklang gefunden hat. Der amtliche Telegraph berichtet darüber aus Wien vom 19. d. Nachmittags folgendes:

[Abgeordnetenhaus]. „In Erwiderung auf die von Biskra über die orientalische Angelegenheit eingebrachte Interpellation gab der Ministerpräsident folgende Erklärung ab: Die Regierung sei von den Friedensbasen auf Grund deren der Waffenstillstand zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossen, in Kenntniß gesetzt; dieselben entsprechen im Ganzen den aus Petersburger Blättern darüber in die Oeffentlichkeit gelangten Mittheilungen. Von der Existenz anderer Abmachungen habe die Regierung keine Kenntniß. Die Regierung habe den erwähnten Friedensbasen gegenüber ihren principiellen Standpunkt mit aller Offenheit gekennzeichnet, indem sie erklärte, daß sie Abmachungen der Kriegführenden, soweit durch dieselben Interessen der Monarchie oder der Rechte der Signatarmächte berührt erscheinen, für sich als nicht rechtsverbindlich erkenne, in so lange dieselben nicht mit den Signatarmächten vereinbart seien. Die Regierung habe gleichzeitig die Initiative zur Einberufung einer Europäischen Konferenz ergriffen. Sowohl der principielle Standpunkt der Regierung, als ihr Antrag auf Abhaltung einer Konferenz wurde von sämmtlichen Kabinetten angenommen, nur das Russische Kabinet regte bezüglich der Form den Gedanken an, nicht eine Konferenz, sondern einen Kongreß einzuberufen

und drückte zugleich den Wunsch aus, daß letzterer nicht in der Hauptstadt irgend eines Signatarstaates abgehalten werde. Die Verhandlungen hierüber seien dem Abschluß nahe; man glaube dem baldigen Zusammentritt des Kongresses entgegensehen zu dürfen. Mit Rücksicht hierauf sei die Regierung nicht in der Lage, in eine detaillierte Darlegung ihres Standpunktes bezüglich der Friedensbasen einzugehen, sie könne jedoch nicht umhin, im Allgemeinen zu erklären, daß sie einige der Stipulationen, wie sie heute vorliegen, als den Interessen der Monarchie entsprechend, nicht anzuerkennen vermag. Diese Reserve bezieht sich jedoch nicht auf jene Punkte, welche die Verbesserung der Lage der Christen im Orient bezwecken, sondern auf solche Bestimmungen, welche eine Verschiebung der Machtverhältnisse im Orient zu Ungunsten der Monarchie nach sich ziehen könnten. Die Regierung habe die zuverlässigste Hoffnung, es werde der Europäischen Verathung gelingen, zu einer Verständigung zu führen. Da alle theilhaftigen Mächte wünschen müßten, daß aus der Krise kein momentaner, sondern ein dauernder Friede hervorgehe, so hoffe die Regierung, daß die Verathungen der Mächte nicht zu einer einseitigen, sondern zu einer allseitig befriedigenden Lösung führen werden. Jedensfalls werde die Regierung, gegenüber den ersten Ereignissen, nach wie vor es als ihre Pflicht und ihre Aufgabe erkennen, die politischen und die materiellen Interessen und das Ansehen der Monarchie nach jeder Richtung hin zur Geltung zu bringen.“

Es bedarf kaum eines besonderen Hinweises darauf, wie sehr die Auslassungen des Oesterreichischen und Deutschen Kanzlers von einander abweichen. Während Fürst Bismarck seiner der schwebenden Fragen eine so große Wichtigkeit beilegen möchte, daß sie einen Europäischen Kriegsbund rechtfertigt, läßt Graf Andrassy durch den Mund Auerpergs erklären, daß Oesterreich einige der Russischen Stipulationen direct nicht anerkennen vermöge und das Ansehen der Oesterreichischen Monarchie nach jeder Richtung zur Geltung bringen werde.

Die Gefahr einer feindlichen Begegnung der Russischen und Englischen Streitkräfte vor Konstantinopel scheint allerdings vorüber zu sein. Die Befürchtung, ein unglücklicher „Zwischenfall“ könnte die Congreßarbeiten antzupicken, die Konferenz überflüssig und den Krieg unvermeidlich machen, scheint geschwunden. Die Kosaken und die Englischen Marine-Soldaten bekommen einander zunächst gar nicht zu sehen. Die Russen sollen bekanntlich auf die Besetzung von Standbul verzichtet, freiwillig England seine Flotte in eine größere Entfernung von Konstantinopel zurückberufen haben. In Adrianopel wird die letzte Feile an den Friedensvertrag gelegt und unter günstigen Verhältnissen kann dann bald der Congreß in Baden-Baden sein Friedenswerk beginnen. Die feig-lustige conservative Presse in England hat ihren Ton sehr gemindert, in Oesterreich greift ebenfalls eine kühlere, friedlichere Auffassung der Lage Platz, und die Erklärungen, die Fürst Bismarck im Reichstag abgegeben hat, ist auch nicht geeignet Kriegesbesürchtigungen wachzurufen; dennoch ist die politische Atmosphäre nicht rein und läßt das Gefühl wahrer Friedenssicherheit nicht aufkommen. Wir glauben nicht an weitere Kriegsverwicklungen, glauben aber auch nicht, daß die Dinge im Orient derart geregelt werden können, daß dadurch spätere Verwicklungen ausgeschlossen sind.

Der Congreß soll in Baden-Baden zusammentreten. Ob Fürst Goritschakow Rußland auf demselben selbst vertreten wird, ist noch zweifelhaft. Er soll plötzlich von der Sicht einen Besuch erhalten haben, der indessen alle Symptome einer Schuldhaftigkeit an sich trägt. Frankreich, so geht ein Gerücht, möchte vorher ausgemacht haben, daß jener Minister-Assemblée zu Baden-Baden nichts Anderes als die orientalische Frage als Pensum zugewiesen werde. Italien wird sich nach Rußland richten. Was England angeht, so wollte Carl Derby noch nicht über die Congreß-Idee orientirt sein. Auf einer Konferenz, überstimmt zu werden, wäre weniger fatal als auf einem Congreß, der Europäische Gesetze macht und zerkleibt, der bindet und löset, mitunter auch, wie trübe Erfahrungen gelehrt, nur eine Penelope Arbeit verrichtet, um dem mörderischen Ares Platz zu machen. Carl Derby mag sich über alles das keine Gedanken machen, und ein Mann rascher Entschlossenheit ist er ohnehin nie gewesen.

Die Christenheit — nach päpstlicher Auffassung die ganze Christenheit, ja das ganze Menschthum — hat wieder ihr

Beilage zu No. 45. des Memeler Dampfboots. „Memeler und Grenz-Zeitung.“

Freitag, den 22. Februar 1878.

Lb. Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 19. Februar, 12^{1/2} - 5 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Fürst Bismarck, Camphausen, Hofmann, v. Bülow, v. Wittmann, v. Pfeilschwer, v. Nolitz-Ballwig, Dr. Stephan, v. Faber, v. Kaur, v. Fries; es sind überhaupt sämmtliche Bundesrats-Mitglieder anwesend.

Der Präsident macht Mitteilung von dem am 16 d. M. nach längerem Leiden erfolgten Ableben des Abg. v. Diatinski (4. Danziger Wahlkreis.) Die Mitglieder des Hauses ehren das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Tagesordnung: I. Erste Verathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für die Zwecke der Bewältigung der Post und Telegraphen, der Marine, des Reichsheeres und zur Durchführung der Münzreform.

Die Vorlage geht an die Budgetcommission.

II. Interpellation der Abgg. v. Vennigsen, Dr. Hänel, Dr. Löwe, Dr. Lucius, Uhen. Dieselbe lautet: „Im Anschluß an die Thronrede erlauben wir uns, an den Herrn Reichskanzler die Frage zu stellen: Wird der Reichskanzler und an welchem Tage dem Reichstage über die politische Lage in Orient und über die hierbei von der Regierung des Deutschen Reichs eingenommene und einzunehmende Haltung Mitteilung machen?“

Reichskanzler Fürst Bismarck erklärt, die Interpellation sofort beantworten zu wollen, und erhält zur Begründung derselben das Wort.

Abg. v. Vennigsen: Meine Herren. Als der Kaiser am 22. Februar v. J. den Reichstag eröffnete da waren die Conferenzen in Konstantinopel geschlossen und schon damals sprach sich die Thronrede dahin aus, daß Deutschland alles aufbieten werde, den Frieden Europas aufrecht zu erhalten. Die schon damals gefährdeten Verhältnisse zwischen Rußland und der Türkei haben inzwischen zu einem Kriege geführt. Die Vertreter des Deutschen Reichs können mit Genugthuung auf den Einfluß Deutschlands blicken, dem es gelungen ist, in dieser Hinsicht die Verprechungen der Thronrede zu erfüllen. Der Herr Reichskanzler hat sich nun bereit erklärt, schon heute unsere Interpellation zu beantworten; ich glaube daher annehmen zu dürfen, daß in diesem Moment die Lage trotz der alarmirenden Gerüchte in der vorigen Woche nicht mehr so gespannt und nicht so gefährdend ist wie vor acht Tagen. Der Reichstag muß daher den dringenden Wunsch haben, seitens der verbündeten Regierungen Mitteilung über die Lage im Orient und über die Haltung Deutschlands derselben gegenüber zu erhalten, um so mehr als die Mehrheit des Reichstages fest entschlossen ist, die friedliebende Politik der Deutschen Politik auf das entschiedenste nach wie vor zu unterstützen. In den Thronreden ist mit Recht darauf hingewiesen, daß Deutschland an den Vorgängen im Orient weniger unmittelbar theilhaftig sei als andere Europäische Staaten. Wir haben allerdings auch ein Interesse daran, daß die Freiheit des Handels und der Schifffahrt im Schwarzen Meer uns erhalten bleibe; im übrigen sind alle Beziehungen, die zwischen Deutschland und dem Orient bestehen, weit mehr indirecte als directe. Für die Erhaltung des Europäischen Friedens haben wir dennoch ein starkes Interesse und ebenso auch indirect bei der schließlichen Regelung der Dinge im Orient. Unsere Politik ist seit dem Französischen Kriege als eine friedliebende von allen Mächten anerkannt; die Aufrechterhaltung des Europäischen Friedens ist ihr gelungen, und zwar wesentlich durch das Dreikaiserbündniß und die Stellung, welche Deutschland in demselben einnimmt. Wir können daher nur wünschen, daß diese Verhältnisse im wesentlichen nicht alterirt aus den Orientalischen Wirren hervorgehen. Vor allem hat Deutschland ein Interesse daran, daß der Verlauf der Dinge im Orient nicht die Interessen Oesterreichs alterire und schädige oder zu einer erheblichen Schwächung Oesterreichs führe. (Lebhafte Beifall.) Wenn wir nach dem Fall von Plona für die Entwicklung der Dinge im Orient besorgt sind, so liegt das daran, daß Rußland im Gefühle seiner außerordentlichen Anstrengungen, im Gefühle des unerwarteten Umschlages des Krieges, nach der vollständigen Niederwerfung der Türkei, gegenüber den mancherlei Schwierigkeiten Oesterreichs, gegenüber der isolirten Stellung Englands Forderungen erheben möchte, weit hinausgehend über das durch seine eigenen Interessen berechnete Verlangen, und daher eingreifend und verlegend für die Interessen anderer Europäischer Staaten. Daß diese Gefahr ganz vorüber, wer vermag das zu sagen. Wir können nur wünschen, daß Rußland eine Politik einschlagen möge, welche jede Gefahr für einen neuen Europäischen Krieg beseitigt. Nebenher schildert hierauf eingehend die Ziele der Deutschen Politik und die dadurch erreichte gute Stellung, welche Deutschland gegenüber allen übrigen Europäischen Staaten gegenüber einnimmt. Diese unsere Stellung, schließt Redner, ist ausreichend auch für den weitgehendsten Ehrgeiz einer großen Nation. Wir sind zwar gezwungen, eine große Armee zu halten, aber wir tragen dies als eine Pflicht, um die Stellung zu verteidigen, die wir uns erkämpft haben. Hoffen wir, daß es der Deutschen Politik gelingen werde, auch bei den bevorstehenden Verhandlungen den Frieden zu erhalten ohne unsere Interessen zu gefährden, und daß die Verhandlungen zu einer erwünschten Regelung der Verhältnisse der christlichen Bevölkerung führen mögen. (Beifall.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich kann nicht leugnen, daß ich beim ersten Anblick der Interpellation zweifelhaft

gewesen bin, ob ich dieselbe überhaupt beantworten könnte; nicht, weil ich besonders viel zu verschweigen hätte, sondern umgekehrt, weil ich eigentlich nichts zu sagen habe, was nicht schon bekannt geworden ist. Die Verhandlungen des Englischen Parlament haben ja schon die Beantwortung eines Theiles der Frage, nämlich, welches die politische Lage augenblicklich sei, fast erschöpft. Wenn ich trotzdem nicht „Nein“ gesagt habe, so geschah das wegen der Befürchtung, daß man daraus den Schluß ziehen könnte, ich hätte viel zu verschweigen, und da ein solcher Eindruck immer etwas Demuthigendes hat, so spreche ich mich lieber ganz offen aus. Nach der Art, wie die Interpellation eingeleitet worden ist, habe ich den Eindruck bekommen, daß die Deutsche Politik im Ganzen nichts Weiteres zu thun haben wird, als ihren bisherigen Gang fortzusetzen, um dadurch der Meinung der Majorität des Reichstages zu entsprechen. (Zustimmung). Was die jetzige Lage betrifft, so vermute ich allerdings, daß dasjenige, was ich darüber zu sagen habe, bekannt ist. Der Reichskanzler verbreitet sich hierauf über die gegenwärtige Stellung der Russischen Armee und ergeht sich dann namentlich unter Bezugnahme auf den Originaltext des Präliminarvertrages über die den Russen in demselben eingeräumte dominierende Stellung. In dieser Darlegung habe ich den ersten Theil der Interpellation erledigt und fürchte nur, Ihnen nichts Neues gesagt zu haben. Was die Stellung, die Deutschland zu diesem Verhältnisse genommen hat, betrifft, darüber kann ich Ihnen leider keine Mitteilung machen, da uns die betreffenden Actenstücke noch nicht amtlich zugegangen sind. Demjenigen Actenstücke, auf die ich früher Bezug nahm, sind mir von beskreueter Seite privatim zugegangen. Was die Aenderung des Pariser Vertrages von 1856 betrifft, so wird sie jedenfalls der „Sanction“ der Europäischen Mächte bedürfen. Das Interesse der Russischen Politik geht auch nur dahin, nicht alle zehn oder zwanzig Jahre mit der Türkei Krieg führen zu müssen, es will zu einer definitiven Abmachung gelangen. Daß Rußland aber geneigt sein sollte, die Anerkennung der Vertragsänderung durch einen Europäischen Krieg zu erzwingen, halte ich für ausgeschlossen. Es huldigt nur dem Grundsatze *heati possidentes*. Man hätte also entweder Rußland aus dieser seiner Stellung zu verdrängen — dann hätte man auch zu bestimmen, was aus diesen Ländern der Europäischen Türkei werden soll — oder Rußland in diesem Besitze zu belassen. Ich glaube nicht, daß der nächstbenachbarte Staat Oesterreich-Ungarn Lust hätte, die Erbchaft Rußlands hier zu übernehmen. Ich kann mir nicht denken, daß über die Besitzfrage dieser Länder ein Europäischer Krieg sich entwickeln wird. Um dieser Eventualität zu begegnen, ist von der Oesterreichischen Regierung der Antrag zu einer Conferenz gestellt worden. Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung und es haben sich nur Schwierigkeiten über die Wahl des Ortes ergeben. Es wurden vorgeschlagen: Wien, Bruchsal, Baden-Baden, Dresden, Wildbad (Heiterkeit). Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Baden-Baden gewählt werden. Unser Interesse ging nur dahin, eine Beschleunigung der Conferenzverhandlungen zu erzielen und ich habe hierbei nur die Forderung gestellt, daß, wenn die Conferenz auf deutschem Boden stattfindet, sie auch ein Deutsches Präsidium haben muß. (Bravo!) Die Conferenz wird in der ersten Hälfte des künftigen Monats beginnen. Ich komme auf den schwierigsten Theil der Interpellation, auf die Stellung Deutschlands zur Orientfrage. Es ist an uns die Zustimmung gekommen, nicht von irgend einer Regierung, sondern von der Presse und sonst wohlmeinender Seite, wir sollen vermittelnd eingreifen, so zu sagen, mit dem Menu der Deutschen Politik eine Vermittlungsrolle in Europa einzunehmen. Das wäre nicht Staatenpolitik, sondern Preßpolitik! Ich fasse unsere Stellung viel bescheidener auf, nämlich als die eines ehrlichen Maklers, der ein Geschäft zu Stande bringen will. Man kann sonst einen Korb oder eine unangenehme Antwort erhalten. Unsere Beziehungen zu allen Staaten sind durchaus freundschaftlicher Natur, zu Oesterreich und zu Rußland, wie zu England. Was das Dreikaiser-Verhältnis oder Bündniß betrifft, so beruht dasselbe nicht auf geschriebenen Verpflichtungen, es beruht auf dem persönlichen Umgang und dem persönlichen Vertrauen, den persönlichen Beziehungen der drei Monarchen. Ich bin nicht der Meinung, daß Deutschland den Schiedsrichter oder den Schulmeister in Europa zu spielen hat, wie dies neulich ein Artikel der „Allgemeinen Zeitung“ forderte und auch bei uns Parteien fordern, die wohl nicht am Ruder sind, aber nichts dagegen hätten, wenn sie am Ruder wären. Wir können am wenigsten gegen das seit hundert Jahren uns befreundete Rußland so zu sagen hinter seinem Rücken den Dolch stecken. Ich werde niemals die Verantwortung dafür übernehmen, einen sicheren, zuverlässigen Freund dafür aufzugeben, um in Europa eine Nichtrolle zu spielen, die uns nicht gebührt. (Bravo!) Nur für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach Außen, für die Einigkeit nach Innen und für diejenigen Interessen, welche die volle Begeisterung der Deutschen Nation hinter sich haben, würde ich den Muth haben, dem Kaiser einen Krieg zu empfehlen.

Abg. Hänel beantragt Beschleunigung der Interpellation, die vom Hause beschloffen wird.

Abg. Hänel: Vor allem acceptire er den Schluß der Rede des Reichskanzlers, der es mit so großer Energie zurückgewiesen, daß man uns in eine schwierige Position drängen wolle. Diese Eröffnung entspreche durchaus dem Charakter der Deutschen Nation. Auch der Mund des Kaisers habe in dem-

selben Sinne gesprochen. Er könne im Namen seiner Fraction erklären, daß, so lange die Leitung der Deutschen Politik in diesem Sinne fortgeführt werde, sie bereit sein würde, diese Politik zu unterstützen. Auch er und seine Freunde seien weit davon entfernt, feindselige Politik und eine solche der Unabbarkeit zu wollen; denn sie müßten anerkennen, daß Rußland uns in schwieriger Lage wesentliche Dienste geleistet. Man müsse aber doch Bedenken tragen, ob das gegenwärtige Vorgehen Rußlands auch auf dem Boden des Dreikaiserbündnisses stehe. Es habe sich nicht begnügt, Waffenstillstand zu schließen, sondern auch Friedensverhandlungen auf eigene Hand, und dadurch scheinen ihm die Interessen Oesterreichs doch sehr alterirt. Er müsse übrigens erklären, daß die Vorgänge der letzten Tage ihm nicht nur die Engländer, sondern auch die Deutschen Interessen zu verlegen schienen in Bezug auf die Dreikaiser-Politik. Redner schließt mit der Versicherung, so lange die Orientpolitik des Reichskanzlers der heutigen Richtung folge, werde er und seine Freunde sie unterstützen.

Abg. Windthorst (Neppen): Seine Partei habe nicht das Bedürfnis gehabt, eine solche Interpellation zu stellen, sie habe auch nicht diese Besprechung herbeigeführt. Aber sein Schweigen hätte leicht mißdeutet werden können. Er freue sich, constatiren zu können, daß die Parteien, die sonst stets behaupten, die äußere Politik sei ein *non plus tangero*, jetzt endlich einmal diese Interpellation gestellt hätten. Allerdings bezweifelte er nicht, daß diese Interpellation mit hoher Ermächtigung eingebracht sei, darin liege aber ein großer Fortschritt; denn es sei nun von der Regierung und den anderen Parteien anerkannt, daß das Haus das Recht habe, in der auswärtigen Politik mitzureden. Er nehme Act davon und werde seinerzeit davon Gebrauch machen. Die Partei scheine sich jetzt gebildet zu haben, die als Grundlage der künftigen Reichspolitik so lange gesucht worden sei. Auch seine Freunde wünschten die Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens, und so fern die Politik des Reichskanzlers darauf hinstrebe, seien sie warme Freunde seiner Politik. Aber eine Erlebigung der gestellten Frage hätte nur dann stattgefunden, wenn alle Actenstücke vorgelegt worden wären, die in der orientalischen Frage vorhanden seien, aber es sei nicht passend, das Deutsche Parlament auf Englische Parlamentsverhandlungen und Zeitungsnachrichten zu verweisen. Durch die schon geführten Verhandlungen sei Europa vor ein *fait accompli* gestellt, das sehr schwer werde rückgängig zu machen sein. Die Frage sei die, ob Germanen oder Slaven in Europa herrschen sollen, und schmeie ihm, als ob Deutschland eine wichtige Position verloren habe. Die Rede des Kanzlers und des Herrn von Vennigsen fasse er als ein Ganzes auf, und wenn auch letzterer die Interessen Oesterreichs stark betont, so habe doch der Reichskanzler die Russischen noch stärker hervorgehoben. Redner hofft, daß der Reichskanzler aus der Uebereinstimmung des ganzen Reichstags über die Vertretung der Oesterreichischen Interessen durch unsere Politik das nöthige Kapital auf der in Aussicht stehenden Conferenz schlagen werde.

Reichskanzler Fürst Bismarck will einige durch die Ausführungen des Vorredners etwa hervortretende Mißverständnisse von vorn herein beseitigen. Der Vorredner hat die Gewohnheit, so bemerkte der Reichskanzler, einen Gedanken hinzuzusetzen, ohne ihn zu dem seinigen zu machen. Dadurch werden namentlich in der seine Politik vertretenden Presse leicht Mißverständnisse hervorgerufen, denen ich widersprechen muß. Der Vorredner hat zuerst darauf hingewiesen, daß er überzeugt sei, die vorliegende Interpellation sei nicht ohne meine Genehmigung eingebracht worden. Es ist dies unrichtig. Ich hätte, wenn meine Meinung darüber vorher eingeholt worden wäre, gerathen, die Interpellation noch einige Zeit zu verschieben; ich würde außerdem gewünscht haben, daß mir die Antwort auf dieselbe etwas erleichtert worden wäre. Ich erkläre also diese Behauptung für unrichtig und irrihmlich. Der Vorredner hat dann gesagt, daß ihm die Erhaltung des Friedens sehr am Herzen liege. Ich glaube ihm, wenn er das sagt; aber ich erinnere mich doch, daß einige Französische und Polnische Blätter, die mit der politischen Richtung des Vorredners durchaus einverstanden sind, mit allen Mitteln der Dialektik zum Kriege trieben, indem sie Oesterreich zu beweisen suchten, daß es betrogen sei. Er hat dann ferner wiederholt, daß die Verhandlungen nicht vollständig vorgelegt worden seien. Jedemfalls wird er aber wissen, daß die Hauptverhandlungen noch bevorstehen und daß wir später vielleicht noch in der Lage sein werden, über die Angelegenheit weitere Auskunft zu geben. Wenn der Reichstag sich mit politischen Fragen so wenig beschäftigt, so scheint mir das nur ein Beweis des Vertrauens zu der Leitung der auswärtigen Politik (Lebhafte Zustimmung); es ist das ein Beweis dafür, daß eine eigentliche Meinungsverschiedenheit zwischen mir und der Mehrheit des Reichstags nicht besteht. (Erneute Zustimmung). Der Vorredner hat sich gewundert, daß das Haus heute die erste Mitteilung über diese Frage erhalten hat. Ja, wann sollte ich dann solche Mitteilung machen? Etwa bei der Thronrede? Ich vermute, daß dieser Ladel nur dazu dienen sollte, um sich auf den nächsten Satz vorzubereiten. (Heiterkeit) Was die Stellung anlangt, die der Vorredner Deutschland anweisen möchte, so erinnert mich dieselbe an die Rolle, welche der Kaiser Nicolaus bei den Dniitzer Verhandlungen einnahm. Es scheint mir nicht richtig, einer großen Nation vorzuschreiben, was sie in ihrem Interesse zu thun oder zu lassen habe. Der Vorredner mußte uns aber eine solche Rolle zu, wenn wir den Krieg vorher hätten verbieten wollen. Ich könnte in

